

## PRESSEMITTEILUNG:

### Wohnraum in Göttingen wird weiter verteuert!

Seit Wochen wird an die Akteure und privaten Immobilieneigentümer der Stadt Göttingen appelliert, angesichts der hohen Studentenzahlen mehr bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen - teils gipfelten die Aufforderungen sogar in gegenseitige Schuldzuweisungen, die niemandem weiterhelfen.

**H + G Göttingen e. V. engagiert sich** in Zusammenarbeit mit der Universitätsleitung, dem Studentenwerk und den Immobilieneigentümern in Göttingen und Umgebung dafür, die **Wohnraumversorgung weiter zu verbessern** - im Gesamtinteresse der Bürger und der Stadt Göttingen selbst.

Unverständlicherweise will gerade die Verwaltung der **Stadt Göttingen** in dieser Situation einen neuen Schritt in Richtung **Verteuerung des Wohnens** gehen: Neben der exorbitant hohen Grundsteuer, die ab 2013 einen Hebesatz von 590 erreichen wird – im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung von 11,32 %! – sollen nun auch noch die **Müllgebühren um 16 % steigen!** So sieht es jedenfalls die Beschlussvorlage der Verwaltung vor. Erstmals wird der **Betriebsausschuss Umweltdienste hierzu am Mittwoch, den 7.11.2012 um 16.00 Uhr im Sitzungsraum 1118, Neues Rathaus,** tagen. Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht, an dieser öffentlichen Sitzung teilzunehmen und sich gegen Gebührenerhöhungen zu verwahren.

H + G Göttingen e.V. – Pressesprecherin Susanne Et-Taib hierzu: „Wieder einmal sollen Immobilieneigentümer und Mieter belastet werden – denn die Erhöhung trifft alle. Bereits im Rahmen des Zukunftsvertrages haben wir gegen die erheblichen Grundsteuererhöhungen protestiert – eine weitere Verteuerung des Wohnens ist in Anbetracht der bereits gestiegenen Gas- und Stromkosten unzumutbar – und angesichts der derzeitigen Situation kontraproduktiv für unsere Stadt!“

Steuer- und Gebührenerhöhungen ziehen Mieterhöhungen nach sich, die die Stadt Göttingen für Studierende, Universitätsangestellte und junge Familien unattraktiv werden lässt. Manche Bürger Göttingens sind dann überhaupt nicht mehr in der Lage, Wohnraum im städtischen Umfeld zu bezahlen – wir finden das unsozial und unverantwortlich und rufen die Mitglieder des Fachausschusses und Rates der Stadt auf, der Vorlage nicht zuzustimmen!“

Göttingen, den 6. November 2012

Susanne Et-Taib  
Öffentlichkeitsbeauftragte / Pressesprecherin  
H + G Göttingen e. V.